

Klinikversorgung und Pflegeplätze

Senioren-Union des Landkreises diskutierte mit den CSU-Kandidaten

Viele Probleme brennen der Bevölkerung auf den Nägeln – und welche davon sind speziell für die ältere Generation relevant? Diese Fragen wurden im Rahmen einer Veranstaltung des Kreisverbandes der CSU Senioren-Union (SEN) im Café Konrad in Vilsbiburg erörtert. Antworten gaben dabei die vier Direkt- und Listenkandidaten der CSU für Landtag und Bezirkstag im Stimmkreis 202, der den südlichen Landkreis Landshut und den Landkreis Dingolfing-Landau umfasst.

Im Wahlprogramm 2023 der CSU sind wesentliche Forderungen der Seniorenpolitik verankert, betonte SEN-Kreisvorsitzende Renate Zitzelsberger zu Beginn. Entsprechend wolle man die Gelegenheit nutzen, den Kandidaten Wünsche und Anregungen mitzugeben.

Es gibt Forderungen zum sozialen Bereich und der medizinischen Versorgung. Viel diskutiert wird über die Krankenhaus-Reform. „Da haben wir im Landkreis mit den Lakumed-Kliniken große Sorge. Wir brauchen auch in Zukunft die flächendeckende Krankenhausversorgung von der Grundversorgung bis zur Spitzenleistung, dazu gehört auch das Krankenhaus Vilsbiburg. Im Pflegebereich brauchen wir nach wie vor die Förderung der Altenheime und Pflegeplätze insbesondere auch für die Kurzzeitpflege“, wurde betont.

Volle Unterstützung der SEN hat Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek, wenn er gegen eine Freigabe der Cannabis-Nutzung über die medizinische Notwendigkeit hinaus ist. „Negative Folgen des Cannabis-Konsums werden von der Bundesregierung verharmlost.“

Zu den in die Zukunft gerichteten Themen gehörte die Bewertung der Künstlichen Intelligenz und ihrer Bedeutung gerade für die älteren Menschen. Hier sei eine breite Diskussion aller Generationen, mit einer konstruktiv-kritischen und differenzierten Betrachtung notwendig, so Renate Zitzelsberger.

Nach einer Vorstellungsrunde von Dr. Petra Loibl (Direktkandidatin für den Landtag), Monika Maier (Direktkandidatin für den Bezirkstag) sowie Claudia Geilersdorfer (Listenkandidatin für den Landtag) und Werner Bumeder (Listenkandidat für den Bezirkstag) hatten die Mitglieder der Senioren-Union Gelegenheit, Fragen zu stellen. Als versteckte Altersdiskriminierung wurde das Vorhaben der EU-Kommission gewertet, für Führerscheinbesitzer ab 70 Jahren eine Zwangsuntersuchung vorzuschreiben, die alle fünf Jahre wiederholt werden soll. In diesem Zusammenhang verwies Petra Loibl auf das am 1. April in Kraft getretene Seniorenmitwirkungsgesetz, das auf allen Ebenen umgesetzt werden soll. Neu ist der Landesseniorenrat, er nimmt die seniorenspezifischen Interessen auf Landesebene wahr und soll von der Staatsregierung bei näher bestimmten, die älteren Menschen betreffenden Vorhaben angehört werden.

Für Claudia Geilersdorfer ist es verständlich, wenn in der Bevölkerung Verunsicherung wegen des neuen Heizungsgesetz herrscht.

Im Bezirk sind 90 Prozent der Ausgaben für soziale Leistungen, berichtete Monika Maier, und ging auf die Medizinischen Einrichtungen in der Region ein, wie das Bezirkskrankenhaus Landshut. Für Werner Bumeder ist bei aller voranschreitenden Digitalisierung eine bürgernahe Verwaltung notwendig, bei der die älteren Bürger nicht vergessen werden dürfen.

